

Absender

A-Post Plus oder Einschreiben
Bundesamt für Gesundheit BAG
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

und/oder
Per E-Mail an:
vernehmlassungIGV@bag.admin.ch

Datum

Warum die Schweiz die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) ablehnen muss Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 13. November 2024 beschlossen, zu den Änderungen der IGV ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Die geplante Ratifizierung der neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) durch die Schweiz ist nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich. Sie würde unsere nationale Souveränität gefährden, immense Kosten verursachen und unsere demokratischen Strukturen aushöhlen. Die Schweiz hat mit dem Epidemien-gesetz (EpG) bereits ein bewährtes Regelwerk, das alle Anforderungen zur Bewältigung von Gesundheitskrisen erfüllt. Ich fordere Sie dringend auf, die Annahme dieser Regelungen abzulehnen.

Nachfolgend erläutere ich die Hauptgründe, warum die IGV im Interesse der Schweiz nicht ratifiziert werden dürfen.

1. Die Schweiz ist bestens gerüstet

Mit dem Epidemien-gesetz hat die Schweiz seit 2012 ein starkes Instrument, das klare Zuständigkeiten regelt und flexible Massnahmen ermöglicht:

- **Umfassende rechtliche Grundlagen:** Das EpG deckt alle Anforderungen ab, die auch die IGV anstreben. Es garantiert, dass die Schweiz eigenständig und souverän handeln kann.
- **Bewährte Praxis:** Während der sogenannten COVID-19-Krise wurden alle Massnahmen national geregelt. Internationale Vorgaben waren weder notwendig noch hilfreich.
- **Keine Gesetzeslücken:** Selbst der Bundesrat hat erklärt, dass die bestehenden Strukturen den Anforderungen der neuen IGV entsprechen.

Die Schweiz braucht keine zusätzlichen internationalen Regelwerke, die uns unnötige Abhängigkeiten auferlegen.

2. Die falschen Annahmen hinter den IGV

Die Grundlage der IGV ist die Behauptung, die COVID-19-Krise habe globale Schwächen in der Gesundheitsarchitektur offengelegt. Diese Annahme ist falsch:

- **Inszenierte Krise:** Die sogenannten „RKI-Leaks“ und andere Enthüllungen zeigen, dass die Pandemie durch manipulative Tests, selektive Daten und gezielte Angstkampagnen künstlich aufgebauscht wurde.
- **Keine echte Notwendigkeit:** Nationale Massnahmen waren in der Schweiz ausreichend. Die angeblichen Schwächen entstammen einem inszenierten Narrativ.

Die neuen IGV basieren auf einer verfälschten Darstellung der Realität und rechtfertigen keinen derartigen Eingriff in unsere nationalen Strukturen.

3. Die Folgen der IGV: Kontrolle durch die WHO, Verlust der Freiheit

Die neuen IGV würden der WHO beispiellose Macht verleihen:

- **Zentrale Steuerung:** Der WHO-Generaldirektor könnte Pandemien ausrufen und Massnahmen diktieren, ohne nationale Parlamente oder Regierungen einzubeziehen.
- **Demokratieverlust:** Diese zentralistische Kontrolle widerspricht den Grundsätzen der Schweizer Demokratie.
- **Finanzielle Belastung:** Als WHO-Mitglied müsste die Schweiz Millionen in internationale Programme investieren, die keinen direkten Nutzen für die Schweizer Bevölkerung bringen.

4. Der WHO-Pandemievertrag: Ein gefährlicher Hebel

Die IGV sind eng mit dem WHO-Pandemievertrag verknüpft, der gravierende Risiken birgt:

- **Milliardengewinne für Pharmaunternehmen:** Der Vertrag garantiert Abnahmeverpflichtungen für Produkte, die oft nicht ausreichend getestet sind.
- **Automatisierte Prozesse:** Die IGV schaffen die Grundlage für einen Pandemievertrag, der nationalen Interessen zuwiderläuft.
- **Angst als Geschäftsmodell:** Ein zentral gesteuertes System nutzt Angst, um Kontrolle und finanzielle Profite zu maximieren.

Die Schweiz darf kein solches Modell unterstützen, das in erster Linie wirtschaftlichen Interessen des Grosskapitals dient.

5. Die wahren Schäden: Massnahmen statt Virus

Die Schäden der sogenannten Corona-Krise wurden nicht durch das Virus, sondern durch überzogene Massnahmen verursacht:

- **Wirtschaftlicher Schaden:** Unternehmen gingen pleite, Arbeitsplätze wurden vernichtet, und die Staatsverschuldung stieg erheblich.
- **Psychische Belastung:** Isolation und Angst führten zu einem Anstieg von Depressionen, insbesondere bei Jugendlichen und älteren Menschen.
- **Gesellschaftliche Spaltung:** Die Polarisierung zwischen Geimpften und Ungeimpften hat das soziale Gefüge nachhaltig geschädigt.

Die neuen IGV schaffen ein System, das solche Schäden wiederholen könnte – unter dem Vorwand einer „globalen Bedrohung“.

6. Schlussfolgerung: Keine IGV, keine Anpassungen

Die Schweiz braucht keine neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften. Stattdessen sollte sie:

1. **Die IGV ablehnen:** Das bestehende Epidemiengesetz ist ausreichend.
2. **Keine Teilrevision des EpG durchführen:** Anpassungen, die primär WHO-Interessen dienen, sind nicht erforderlich.
3. **Fehler aufarbeiten statt neue Risiken eingehen:** Die Schweiz muss aus den Fehlern der Pandemiepolitik lernen, nicht neue Inszenierungen ermöglichen.
4. **Opting-Out nutzen:** Der Bundesrat muss die Interessen der Schweiz aktiv vertreten und die IGV entschieden ablehnen.

Fazit

Die neuen IGV bedeuten keine Verbesserung, sondern eine Bedrohung für die Schweiz. Sie untergraben unsere Souveränität, belasten die Steuerzahler und dienen primär wirtschaftlichen Interessen.

Ich fordere Sie auf, die IGV abzulehnen und die Opting-Out-Option zu nutzen – im Sinne der Freiheit, Eigenständigkeit und demokratischen Werte der Schweiz.

Mit entschiedenen Grüßen

Unterschrift